

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Deutsche Strategie zum Umgang mit Russlands wachsendem Einfluss in Afrika

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Russlands Einfluss in Afrika hat über die letzten Jahre signifikant zugenommen. Russland nutzt seinen begrenzten Einfluss äußerst geschickt, um durch „Guerilla Geopolitics“ mit wenig Einsatz hohe (politische und wirtschaftliche) Erträge zu erzielen. Anders als das Engagement Chinas in Afrika geschieht dies häufig verdeckt oder subtil über Proxys wie die Söldnergruppe Wagner und ihre affilierten Entitäten, die es dem Kreml erlauben, eine direkte Einmischung zu verleugnen und Sanktionen zu umgehen.

Diese Entwicklung ist ein Problem für deutsche und europäische Interessen vor Ort geworden. Das aktuelle russische Vorgehen in Mali und in den Jahren zuvor in der Zentralafrikanischen Republik gehört zu den konkretesten Beispielen. Doch auch darüber hinaus ist ersichtlich, wie Russland die deutsche und europäische Entwicklungsarbeit sowie wirtschaftliche und sicherheitspolitische Partnerschaften mit afrikanischen Staaten unterminiert. Gleichzeitig versucht Russland vermehrt, Kontrolle über wichtige Migrationsrouten nach Europa zu gewinnen und neue Militärbasen an der Südflanke der NATO zu erschließen. Russland nutzt auch das Zurverfügungstellen von Sicherheitsdienstleistungen sowie die Rüstungskooperation mit Regierungen und Regimen in Afrika, um gezielt Abhängigkeiten zu schaffen.

Die zunehmende russische Unterstützung für oftmals autokratische Regime in Afrika hat in vielen Fällen auch dramatische Folgen für die lokale Zivilbevölkerung. Menschenrechtsverletzungen in Staaten wie Mali, der Zentralafrikanischen Republik oder dem Sudan werden durch Russland gedeckt oder sogar gefördert. Die Chancen für demokratische Reformen und friedliche Machtwechsel werden so weiter geschwächt. Soziale Spaltungen in den afrikanischen Staaten selbst sowie die Spaltung dieser Staaten und ihrer europäischen beziehungsweise westlichen Partner werden durch von Russland gesteuerte Desinformationskampagnen gezielt verschärft.

Bisher hat die Bundesregierung es nicht geschafft, eine klare und umfassende strategische Antwort auf dieses Dilemma auf unserem Nachbarkontinent zu geben.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. eine kohärente und ressortübergreifende Strategie vorzulegen, wie mit Russlands wachsendem Einfluss in Afrika, insbesondere in der Sahelzone sowie in Zentralafrika und dem Horn von Afrika, umzugehen ist;

2. eine Strategie vorzulegen, um den breit angelegten und gegen westliche Staaten gerichteten Desinformationskampagnen, die Russland in Afrika steuert, eine geeignete, möglichst einheitliche europäische Antwort in Form von koordinierter public diplomacy entgegenzustellen. Diese Antwort muss sowohl falsche russische Vorwürfe gegen Deutschland und die EU glaubhaft widerlegen als auch, wo angebracht, aktiv Verfehlungen Russlands aufgreifen und öffentlich thematisieren;
3. die regionalen Deutschlandzentren in Kairo, Pretoria und Dakar zu diesem Zweck darin zu bestärken, sich vermehrt in den sozialen Medien zu äußern und auch in lokalen Medien präsenter zu werden. Wo nötig, sollten hierfür weitere Ressourcen bereitgestellt werden; diplomatisches und nachrichtendienstliches Personal an Auslandsvertretungen in Afrika sollte zu regelmäßiger Berichterstattung über russische Einflussnahme angehalten und der nachrichtendienstliche Austausch mit den internationalen Partnern Deutschlands zu diesem Thema verstärkt werden;
4. dafür zu sorgen, dass die positiven Beiträge, die die Bundeswehr, das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unter und mit MINUSMA in Mali leisten, durch eine kluge und aktive Kommunikationsstrategie von der lokalen Bevölkerung wahrgenommen werden, und das kommunikative Feld nicht länger russischen Akteuren zu überlassen;
5. schnellstmöglich in einen vertieften Dialog mit Verbündeten zu treten, um gemeinsam gegen russischen Einfluss in Afrika zu agieren. Hier ist insbesondere die Abstimmung innerhalb der EU, mit dem Vereinigten Königreich, Japan sowie den USA zu priorisieren;
6. sich in Abstimmung mit Deutschlands Verbündeten und afrikanischen Partnern dafür einzusetzen, dass russische Pläne für weitere permanente Militärbasen in Afrika keinen Erfolg haben werden;
7. auf eine zügige Implementierung der EU-Initiative Global Gateway in Afrika hinzuwirken und diese einzusetzen, um wirtschaftliche Entwicklungen in und Beziehungen zu Partnerstaaten zielgerichtet weiter zu stärken;
8. auf eine Umsetzung auch der anderen Bestandteile der beim sechsten Gipfeltreffen zwischen der EU und der Afrikanischen Union entstandenen Gemeinsamen Vision für eine erneuerte Partnerschaft zu drängen;
9. die regionale Integration in Afrika, insbesondere über die dortigen Regionalorganisationen, prioritär ECOWAS und die weiteren Regionalorganisationen der Afrikanischen Union, zuvorderst in der Stärkung ihrer internen Strukturen zu unterstützen und dabei verstärkt regionale Ansätze zur Terrorismusbekämpfung und Stabilisierung wie die Accra-Initiative und die Yaoundé-Architektur in den Blick zu nehmen;
10. schnellstmöglich und gezielt Energiepartnerschaften mit afrikanischen Staaten abzuschließen und diese dann unmittelbar durch Projekte mit Leben zu füllen;
11. die Handelsbeziehungen der EU mit Afrika, auch unter Ausweitung oder Neuabschluss von Freihandelsabkommen, zu steigern und Unterstützung anzubieten, um den Ausbau der African Continental Free Trade Area voranzubringen;
12. bestehende Programme mit Investitionsanreizen gerade für mittelständische Unternehmen wie das „Wirtschaftsnetzwerk Afrika“ fortzuführen und zu erweitern;
13. Afrika durch strategische Unterstützung in der Landwirtschaft dazu zu befähigen, unabhängiger von russischen Getreide- und Düngelieferungen zu werden;

14. sich aktiv für die EU-Sanktionierung von Kreml-nahen Entitäten, wie z. B. der Concord Management and Consulting LLC mit Sitz in Sankt Petersburg und deren Subunternehmen wie M Invest, OOO mit Sitzen in Sankt Petersburg und Khartoum und Meroe Gold Co. LTD mit Sitz in Khartoum, und Personen einzusetzen, die in großem Rahmen am Schmuggel von Gold und am illegalen Handel mit anderen wertvollen Rohstoffen aus afrikanischen Staaten beteiligt sind, und sich dabei an vorhandenen US-Sanktionen zu orientieren;
15. mit Deutschlands Verbündeten ein abgestimmtes Handeln zu vereinbaren, um Russlands Position als größter Waffenlieferant für afrikanische Staaten zu schwächen.

Berlin, den 18. Oktober 2022

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion

